AMNESTY INTERNATIONAL

Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Honduras

2025

Im dritten Jahr des ununterbrochenen Ausnahmezustands wurden verschiedene Menschenrechtsverletzungen registriert. Journalist/innen und Menschenrechtsverteidiger/innen waren weiterhin einem hohen Gewaltrisiko ausgesetzt.

Rechtswidrige Gewaltanwendung

Die UNO und die Ombudsperson der CONADEH, einer staatlichen Institution zur Förderung der Menschenrechte in Honduras, kritisierten die Verlängerung des Ausnahmezustands, der bis Dezember drei Jahre in Folge in Kraft war. In diesem Zusammenhang berichteten zivilgesellschaftliche Organisationen über Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte während des Ausnahmezustands, insbesondere in Form von willkürlichen Inhaftierungen, unverhältnismäßiger Gewaltanwendung sowie Folter und anderer Misshandlung.

Inhaftierte und Menschenrechtler/innen berichteten über Folter in den Haftanstalten in Honduras.

Menschenrechtsverteidiger/innen

Land- und Umweltschützer/innen sahen sich häufiger Gewalt wie Einschüchterung, Mord und Kriminalisierung ausgesetzt. Garifuna-Gemeinschaften (eine afro-indigene Bevölkerungsgruppe) erlebten eine große Gefahr. Im April verurteilte die Black Fraternal Organization of Honduras das angebliche Verschwinden von **Max Gil Castillo**, dem Bruder des Gemeindepräsidenten von Punta Piedra.

Die Vereinten Nationen und andere Organisationen äußerten Bedenken hinsichtlich der Drohungen, die von den Garifuna-Führern erhalten wurden, sowie über die Belästigung der Garifuna-Gemeinschaften in den Medien und wiederholte Drohungen mit Schusswaffen.

Außergerichtliche Tötungen

Im Februar 2025 wurde eine interdisziplinäre Gruppe unabhängiger Experten unter der Schirmherrschaft der Interamerikanischen

Menschenrechtskommission ins Leben gerufen. Ziel der Gruppe war es, die Ermittlungen zu den Veranlassungen und anderen Verbrechen im Zusammenhang mit dem Mord an der Lenca-Führerin **Berta Cáceres** im Jahr 2016 zu unterstützen.

Im September 2025 entschied ein Gericht, dass drei Männer, die wegen des Mordes an dem Umweltschützer **Juan López** im September 2024 angeklagt sind, vor Gericht gestellt werden sollten. Juán López war Koordinator einer lokalen Organisation, die jahrelang die Rechtmäßigkeit eines Bergbauprojekts im Nationalpark Carlos Escalera anzweifelte und sich dagegen engagierte.

Die Staatsanwaltschaft bekräftigte ihre Zusage, die Veranlassung dieses Verbrechens zu untersuchen, hatte jedoch bis Ende des Jahres keine Fortschritte in dieser Hinsicht gemeldet.

amnesty Journal 3/25

https://www.amnesty.org/en/location/americas/central-america-and-the-caribbean/honduras/report-honduras/

https://www.amnesty.de/amnesty-report/regionalkapitel-amerika-2025